

Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin

Protokoll

46. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Mittwoch, 12.08.2020
Sitzungsbeginn: 17:30 Uhr
Sitzungsende: 19:45 Uhr
Ort, Raum: Ergänzend: Videoschaltung

Anwesend sind:

Herr Oliver Kociolek	Grüne	
Herr Tilo Siewer	Grüne	
Frau Svenja Marie Linnemann	SPD	Vertretung für: Herrn Daniel Schwarz
Herr Jürgen Radloff-Gleitze	SPD	
Herr Robert Bluhm	DIE LINKE	
Frau Petra Schrader	DIE LINKE	
Herr Dimitri Golodni	CDU	
Frau Heidemarie Depil	JHA BD	
Frau Sabine Derwenskus-Böhm	JHA stellv. BD	
Frau Andrea Lang		
Herr Dirk Stiebritz		

Frau Bezirksstadträtin Ramona Reiser

Frau Monika Goral	Jugendamtsleiterin
Frau Monika Fabri	Freigeistige Verbände
Herr James Rosalind	JHA beratendes Mitglied

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Protokoll:

zu 1 Begrüßung und Genehmigung der TO

Der Ausschussvorsitzende Herr BV Siewer begrüßt alle Anwesenden.
Die Tagesordnung wurde einstimmig angenommen

zu 2 Genehmigung der Protokolle zu den Sitzungen 38-45

Der TOP wird vertagt.

Der Vorsitzende bittet zu entschuldigen, dass die genannten Protokolle noch nicht zur Abstimmung vorliegen. Aufgrund der Corona-Krise habe sich die Erstellung und Prüfung verzögert. Eine Verzögerung über einen längeren Zeitraum entspreche nicht dem eigenen Anspruch.

zu 3

zu 3.1

Mitteilungen des JHA-Vorsitzenden

Herr BV Siewer berichtet über das Versterben des langjährigen Beratungsmitglieds(BM) der JHA, Frau Borowski, im Juni und wolle in der nächsten Präsenzsitzung eine Schweigeminute für sie einlegen.

Weiterhin teilt er mit, dass er eine Präsenzsitzung in Kürze abhalten wolle, um die Bürgerdeputierten(BD) zur Wahl für die nächste BVV vorzuschlagen. Es müsse in einer Präsenzsitzung stattfinden, da diese Vorschläge unmittelbare Auswirkung auf die Entscheidung des JHA haben können, wenn sie bei der Benennung von BD kein ordentliches Verfahren anwenden würden.

Fr Goral (beratendes Mitglied) schlägt vor, in der nächsten Ausschusssitzung am 10.09.2020 alle stimmberechtigten Präsent sein zu lassen und alle anderen Mitglieder in einer dualen Sitzung per Videokonferenz dazuzuschalten.

Herr BV Siewer hält fest, dass die beratenden theoretisch auch erscheinen dürften, es aber unter den derzeitigen Bedingungen besser wäre, nur so wenig wie möglich vor Ort zu haben. Er habe auch weiterhin vor, reine Videokonferenzsitzungen beizubehalten.

zu 3.2

des Bezirksamtes

Frau BzStR Reiser berichtet, dass das Jugendamt, fristgerecht zum 31.07.2020, das bezirkliche Konzept Familienbüro bei der Senatsverwaltung abgeben habe.

Ab dem 01.08.2020 gäbe es ein neues schulbezogenes Projekt mit der Hemingway-Schule und der Stiftung SPI am Standort Liebenwalder Straße. Das Konzept dieses Projekts könne dem Ausschuss nachgereicht werden.

Die Jugendberufsagentur könne wieder Präsenz- oder persönliche Beratung durchführen. Ein Kontaktbüro sei in der Bergakademie für Beratungstermine eingerichtet worden.

Am 02.09.2020 um 18 Uhr soll eine Bürger/-innenveranstaltung stattfinden. In dieser sollen Informationen zur Errichtung des MOKIBS (Modulare Kita-Bauten für Berlin) und der Sanierung des Bestandsgebäudes auf dem Grundstück Schmidtstraße 4 für interessierte Bürger/-innen gegeben werden.

Aufbauend auf dem Sachstand der letzten Ausschusssitzung zum Thema Kitaausbau/Baumaßnahmen sollen die Vorhaben in folgenden Standorten wie geplant laufen und es gäbe keine neuen Änderungen:

- Rheinsberger Straße 34
- Schmidtstraße 10
- Seydlitzstraße 11

Neuigkeiten gäbe es zur Schmidtstraße 4 die Informationsveranstaltung würde vom Träger Volkssolidarität sein. Baubeginn der Sanierung des Bestandsgebäudes sei im Januar 2021, die voraussichtliche Fertigstellung September 2021. Das MOKIB soll im November 2020 angefangen werden zu bauen, die voraussichtliche Fertigstellung sei ebenso im September 2021.

Im Standort Triftstraße 12 sei die Durchführung eines architektonischen Entwurfsverfahrens beantragt worden.

In der Wallstraße 32 gäbe es Probleme bei der südlichen Erschließung der Zuwegung. Derzeit würde versucht, die nördliche Zuwegung zur Erschließung zu ermöglichen.

Beim Standort Berolinastraße 8 (Campus Charlotte-Pfeffer-Schule) sei versucht worden, durch Erhaltung eines Bauteils, eine Inklusionskita zu ermöglichen. Die erste BA-Vorlage soll nicht mitgezeichnet werden können, da es Hinderungsgründe gäbe.

Die Finanzierungslücke für die Edinburger Straße 56 sei noch nicht geklärt. Gespräche mit SenFin würden geführt werden. Das solle entschieden, ob Neubau beginnt oder nur Sanierung stattfindet.

Es lägen derzeit 64 genehmigte Plätze für Sprachförderangebote in Berlin-Mitte vor. Weitere seien in Planung.

Auf Nachfrage von Frau Schrader zum Stand vom Flexi-Budget-Konzept des Bezirks sagt Frau Reiser, dass dies nach Nachbesserungen abgegeben werden konnte.

Auf Nachfrage von Herrn Siewer sagt Frau Samuray, dass das Budget, für das Halbjahr 2020 sich auf 300.000 € belaufe und für das Jahr 2021 stünden 600.000 € zur Verfügung. Außerdem seien die Termine zu kurzfristig gesetzt worden, um diese dem JHA vorher zur Abstimmung vorzulegen.

Herr Siewer bittet um Beteiligung des JHA wenn es um größere Ausgaben des BA geht und um Nachreichung des Konzeptes.

Frau Goral erwidert, dass vorab informiert worden sei. Es werde ab nun über den Stand informiert. Das Budget sei fortschreibend.

Herr Siewer weist darauf hin, dass der JHA die Entscheidung über die Finanzen des Jugendamtes entscheide. Er verstehe die besonderen Umstände in diesem Fall, bittet jedoch, dass dies in 2021 berücksichtigt werde.

Auf Vorschlag von Frau Goral werde Herr Siewer das Thema Flexi-Budget als TOP in der Ausschusssitzung vom 03.09.2020 festsetzen.

zu 4 Berichterstattung aus den AG'en nach 78 SGB VIII

Herr Bachmann, AG Jugendarbeitshilfe Mitte

Es haben zwei Präsenzsitzungen im SOS Kinderdorf und im Zille Club stattgefunden. Mit ihrer Unterarbeitsgruppe werde eine Verbindung zur Landesarbeitsgemeinschaft hergestellt.

Auf seine Nachfrage antwortet Frau BzStRätin Reiser, dass der BVV-Beschluss 2232/V auch umgesetzt werde, aufgrund der Corona-Pandemie jedoch noch in Bearbeitung sei.

zu 5 Vorstellung Hauskonzept Oase

Die Vorlage zur Präsentation wurde dem Ausschuss vor Sitzung übersandt und vor Ort von Frau Wolf (Jugendamt) vorgetragen.

Frau Schrader regt daraufhin an, dass das Kulturelle Bildungsprogramm auch auf das Märkische Museum und den Bärenzwinger sich auf lange Sicht erweitern könne, da diese im Bereich des Bezirks bzw. der Kulturverwaltung seien. Herr Siewer unterstützt diese Idee.

Frau Wolf nimmt diese Idee gern perspektivische für die nächste Zeit mit auf.

zu 6 Frühe Hilfen und AG Familienzentren

Frau Böhnke (Kordinatorin Frühe Hilfen) - präsentiert (siehe Anlage).

Auf Nachfrage von Frau Schrader sagt Frau Böhnke, dass der Kinder- und Jugendgesundheitsdienst als stärkster Netzwerkpartner die Ersthausbesuche zum Hauptteil durchführen. Partner wie Hilfen aus einer Hand, die sich um Familien mit krank geborenen Kindern unterstützen und auch anders spezialisierte Partner gelten als aufsuchende Hilfen. Auch die Familienhebammen gelten als aufsuchende Hilfen, welche nun im Gesundheitsamt(GA) angestellt seien und eine wichtige Arbeitsgruppe bilden.

Auf Nachfrage von Frau Depil antwortet Frau Böhnke, dass sie nicht sagen könne wann diese Angebote wieder voll starten können, da viele Mitarbeiter des GA Mitte im Krisenstab wegen Corona arbeiten würden.

Frau Smuga (AG Familienzentren)

Frau Smuga stellt die Ziele und Aufgaben der Familienzentren anhand eines Flyers vor, welchen sie durch die Pandemie noch nicht verteilen konnten. Es gäbe 13 Familienzentren, davon seien 5 bezirksgefördert und 4 landesgefördert. Generelle Schwerpunkte in den Familienzentren seien Begegnung, Beratung und Bildung.

Frau Fischer (AG Familienzentren)

Frau Fischer teilt mit, dass es kaum neuen Bedarfe gäbe, sondern sich Bedarfslage der Familien in schon vorhanden Bereichen sich erhöhe. Die neuen Bedarfe seien Home-schooling und dessen Bewältigung, Erreichbarkeit von Behörden und Zugänge zu digitalen Unterstützungsangeboten.

Durch die Hygieneschutzmaßnahmen könnten die Familienzentren die Bedarfe nicht mehr decken.

Sie bittet den Ausschuss sie in der Arbeit der Familienzentren nach ihren Möglichkeiten auch in anderen Gremien zu Unterstützen. Sie bräuchten:

- Absicherung und Ausweitung der personellen Ressourcen
- Standards gesetzlich zu verankern im Familienfördergesetz
- entschiedenes Eintreten in Gremien und Gesetzgebungsverfahren um Familienzentren weiter zu entwickeln
- konkrete Handlungsempfehlung für Hygieneschutzmaßnahmen

Frau Makuva und Frau Bendes (YEKMAL e.V.)

YEKMAL e.V. stellt sich dem Ausschuss vor (siehe Anlage).
Sie würden ihr Angebot auf Wedding ausweiten wollen.

zu 7 Aktuelle Viertelstunde

Frau Depil, Bürgerdeputierte

Die Kita-Gutscheinstelle sei nicht persönlich, sondern nur telefonisch zu erreichen. Sie sehe das problematisch für manche Eltern und erkundigt sich daher, wie lange diese Situation anhalten werde.

Frau Goral (Jugendamt) berichtet, dass zu Anliegen, die über die zentrale Rufnummer 115 oder die zentrale E-Mailadresse das Jugendamt erreichen, eine sofortige Rückmeldung erfolge. Es werden auch weiterhin Termine vergeben. Es gebe lediglich keine offene Sprechstunde, um Ansammlungen von Menschen auf den Fluren zu vermeiden. Für die Ausstellung eines Kita-Gutscheins reiche die telefonische Beratung häufig aus. In problematischen Fällen könne die Jugendamtsleitung informiert werden.

zu 8 Beratung von Drucksachen

zu 8.1 Neuköllner Handlungskonzept als Vorbild für Mitte Drucksache: 2300/V

Der TOP wird vertagt.

zu 8.2 Beschluss der BVV ignoriert und 100.000 € für nichts? Drucksache: 2566/V

Der TOP wird vertagt.

Herr Baumhoff (Zukunftsbau GmbH) kritisiert das Vorgehen der einbringenden Fraktion der CDU zur Erstellung des Antrags. Es sei nicht mit den betreffenden Stellen gesprochen worden. Die geäußerten Mutmaßungen seien nicht korrekt und in der Folge rufschädigend. Die Fraktion der CDU sollte den Inhalt richtigstellen. Es sei sehr problematisch, dass der Antrag mit diesem Inhalt weiterhin im Netz stehe.

Der Vorsitzende informiert über die beiden bestehenden Möglichkeiten zum Umgang mit dem Antrag bis zur kommenden Sitzung. Herr Baumhoff könne sich mit der Fraktion der CDU direkt in Verbindung setzen. Der Vorsitzende werde den Vorsteher der BVV ansprechen und um Klärung bitten, ob dieser Antrag mit der namentlichen Nennung Dritter, somit nicht Bezirksamt, zulässig sei.

zu 9 Verschiedenes

Es liegen keine Mitteilungen vor.

gez.
Tilo Siewer
Vorsitzender

Wende/ Ersek
Protokollanten